

Bern, den 22. April 1952.

Vertraulich - Nicht für die Presse

An den B u n d e s r a t

And. ECE. 793.3.0.
Teilnahme an der 7. Session
der Europäischen Wirtschafts-
kommission in Genf vom 3.- 18.
März 1952.

Mit Beschluss vom 26. Februar 1952 haben Sie die Einladung des Exekutivsekretärs der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE), sich an der 7. Tagung dieser Kommission, die am 3. März a.c. eröffnet worden ist, vertreten zu lassen, angenommen. Gleichzeitig haben Sie eine Delegation bezeichnet, welche an dieser Session wie in den vier vorangegangenen Jahren in konsultativer Eigenschaft teilgenommen hat. Wir gestatten uns hiermit, über das Ergebnis der Tagung Bericht zu erstatten.

I.

1. Eröffnungsansprache des Exekutivsekretärs

Die Session, an welcher 25 europäische Länder sowie die Vereinigten Staaten von Nordamerika vertreten waren, wurde wie üblich durch eine Ansprache des Exekutivsekretärs Prof. Gunnar Myrdal eröffnet. Er stellte fest, dass sich die Europäische Wirtschaftskommission zum Ziele gesetzt habe, einen Beitrag zu leisten zu einer friedlichen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Dies lasse sich aber nur dann in einigermaßen befriedigender Weise erreichen, wenn die in der ECE zusammengeschlossenen Länder sich auch tatsächlich an ihren Arbeiten aktiv beteiligten. Professor Myrdal bedauerte in diesem Zusammenhang, dass sich die Oststaaten mehr und mehr von den technischen Komitees zurückzögen, so dass diese Komitees, die in erster Linie dazu berufen seien, sich mit praktischen und konkreten Aufgaben zu befassen, in stets vermehrtem Masse auf die Mitarbeit dieser Gruppe von Staaten verzichten müssten. Unter diesen Umständen sei die Frage berechtigt, ob die Beteuerungen, die immer wieder angestellt würden mit Bezug auf die zu verwirklichende wirtschaftliche Zusammenarbeit, ehrlich gemeint seien,

- 2 -

oder ob sie nicht vielmehr nur unverbindliche Lippenbekenntnisse darstellten. Damit war bereits zu Beginn der Session das zentrale Problem, das in der Folge gleichsam als Leitmotiv während der ganzen Dauer der Verhandlungen immer wieder hervortrat, nämlich das Problem der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost, in die Diskussion geworfen. Dass der Exekutivsekretär der ECE unter diesen Umständen die Vertreter der Oststaaten mit bewegten Worten aufforderte, inskünftig den technischen Komitees vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, braucht nicht besonders betont zu werden.

Nach den einleitenden Ausführungen Professor Myrdals sollte es sich bald erweisen, ob im Schosse der ECE der Sinn für Zusammenarbeit etwelche Fortschritte gemacht hat, nämlich bei der Behandlung zweier Traktanden, von welchen das eine (Wahl des Büros) naturgemäss an den Anfang gehörte, das andere (Stimmrecht der europäischen Länder, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind) mehr zufällig zu Beginn der Tagung behandelt wurde.

2. Wahl des Büros

Nachdem Frau Karin Kock, Chef der schwedischen Delegation und früheres Mitglied der schwedischen Regierung, schon während zweier Jahre ihres im Widerstreit der Meinungen zwischen West und Ost delikatens Amtes als Präsidentin der ECE und damit der Plenartagungen gewaltet hatte, wollte sie sich dieses Jahr zurückziehen und die Präsidentschaft in andere Hände legen. An sich hätte es unter diesen Umständen den normalen Spielregeln entsprochen, wenn der bisherige Vize-Präsident, Herr Arnost Tauber, tschechoslowakischer Gesandter in Bern, zum Präsidenten gewählt worden wäre. Auf Anfrage hin wurde indessen dem Sekretariat der ECE von der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Bern mitgeteilt, dass Herr Tauber krank sei und daher an der Tagung nicht teilnehmen könne (wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die seither in der Presse erschienenen Meldungen, wonach sich Herr Tauber, über dessen Verbleib in Bern offenbar kein offizieller Bericht vorliegt, gegenwärtig in einer Prager Klinik befinden soll).

Im Hinblick auf diese Situation wurde von den Oststaaten ein anderer Vertreter des Ostblocks, nämlich der Chef der bielorrussischen Delegation, Herr A.A. Tschijov, für die Präsidentschaft in Vorschlag gebracht, während die westlichen Vertreter den Chef der belgischen Delegation, Herrn Botschafter Leghait, vorschlugen. Die Wahl Tschijovs scheiterte am hartnäckigen Widerstand namentlich der USA, während die östlichen Staaten dem Belgier ihre Stimme nicht geben wollten. Schliesslich gelangte man zu einem Kompromiss, der darin bestand, dass man erneut Frau Karin Kock die Präsidentschaft anerbote, die sie im Interesse einer einmütigen Wahl dann auch nochmals annahm.

- 3 -

Dabei gaben die Vertreter des Ostblocks der bestimmten Erwartung Ausdruck, dass nächstes Jahr einer der ihrigen zum Präsidenten gewählt werde.

3. Stimmrecht der europäischen Länder, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind

Diese Frage bildete schon seit Jahren immer wieder Gegenstand lebhafter Erörterungen. So hat beispielsweise anlässlich der vorangegangenen Session die bulgarische Delegation einen Resolutionsentwurf eingebracht, auf Grund dessen der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO ersucht wurde, das Mandat der ECE in der Weise abzuändern, dass das Stimmrecht im Rahmen der Arbeiten der ECE und ihrer Organe denjenigen europäischen Staaten erteilt werde, welche bis jetzt an diesen Arbeiten nur in konsultativer Weise teilnehmen konnten. Mit 10 Stimmen der westlichen Delegationen gegen die Stimmen der 5 östlichen Delegationen und bei einer Stimmenthaltung wurde diese Resolution abgelehnt. Dagegen nahm die Kommission einstimmig eine Resolution an, wonach unter Hinweis auf den grundsätzlichen Charakter des bulgarischen Begehrens diese Frage an den Wirtschafts- und Sozialrat weitergeleitet wurde.

Dieser hat nun im Verlaufe seiner letztjährigen Session die grundsätzliche Frage vorläufig in der Weise entschieden, dass die ECE ermächtigt wurde, den in Betracht kommenden Ländern das Stimmrecht im Schosse der technischen Komitees zu erteilen, wogegen in der ECE selbst, d.h. in den jedes Jahr stattfindenden Sessionen, am bisherigen Zustande nichts geändert werden soll. Dieser Entscheid hat die Oststaaten begreiflicherweise nur teilweise befriedigt. Sie legten deshalb einen neuen Resolutionsentwurf vor, welcher die Frage nochmals vor den Wirtschafts- und Sozialrat bringen sollte, während sich die westlichen Delegationen damit begnügen wollten, die technischen Komitees einzuladen, den in Rede stehenden Ländern das Stimmrecht einzuräumen. Nach längerer Diskussion kam schliesslich in Form einer einmütig gefassten Resolution (vgl. Beilage Nr. 1) eine Einigung zustande. Danach werden die untergeordneten Organe der ECE "ersucht", denjenigen Ländern, die zwar bisher in konsultativer Eigenschaft sich an ihren Arbeiten beteiligten, jedoch kein Stimmrecht besaßen, dieses Stimmrecht zu gewähren. Um den weitergehenden Begehren des Ostblocks Rechnung zu tragen, erklärten sich dabei die westlichen Delegationen damit einverstanden, dass im diesjährigen Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat folgender Passus aufgenommen werde:

"En adoptant à l'unanimité la résolution relative au droit de vote des Etats européens non membres de l'Organisation des Nations Unies, la Commission a pris acte du fait que la décision du Conseil économique et social sur l'octroi du droit de vote, au sein de la Commission, à des pays non membres de l'Organisation des Nations Unies,

- 4 -

a été prise "pour le moment". La Commission en conclut que le Conseil économique et social suit la question de près, en raison de l'importance que revêt le problème de l'égalité de statut entre tous les pays qui participent aux travaux de la Commission. Un certain nombre de délégations à la septième session de la Commission économique pour l'Europe ont exprimé le vœu de voir le Conseil accorder dans le plus bref délai possible le droit de vote au sein de la Commission elle-même aux pays qui ne sont pas membres de l'Organisation des Nations Unies".

Unter anderem für die Schweiz werden die gefassten Beschlüsse zur Folge haben, dass ihre Delegationen inskünftig, jedenfalls in den technischen Komitees, das Stimmrecht aller Voraussicht nach besitzen werden. Wenngleich es sich hier zweifellos um eine politisch und rechtlich nicht uninteressante Erscheinung handelt, dass nämlich Staaten, die nicht Mitglieder der UNO sind, in Organen der UNO das Stimmrecht erhalten werden, so wird doch praktisch daraus keine neue Situation entstehen, indem bekanntlich in den technischen Komitees niemals abgestimmt, sondern vielmehr sorgfältig darauf Bedacht genommen wird, Lösungen herbeizuführen, die von allen Delegationen als annehmbar betrachtet werden können. Die Behandlung der beiden erwähnten Geschäfte war auch insofern bemerkenswert, als es sich zeigte, dass beide Teile, d.h. West und Ost sich bemühten, einstimmige Beschlüsse zu fassen.

II. Prüfung der Lage der europäischen Wirtschaft im Jahre 1951

Wie jedes Jahr nahmen auch diesmal wieder die Erörterungen über die Wirtschaftslage in Europa, denen als Diskussionsbasis der von der Planungs- und Untersuchungsabteilung der ECE ausgearbeitete, äusserst umfangreiche "Economic Survey of Europe in 1951" zugrunde lag, einen breiten Raum innerhalb der Beratungen der Kommission ein. Der Zweck dieser Diskussionen hätte darin bestehen sollen, den "Survey", der an sich schon - bei allen Vorbehalten, die mit Bezug auf diesen oder jenen Abschnitt als geboten erscheinen mögen - zweifellos eine wertvolle und interessante Dokumentation darstellt, in sachlicher Weise zu prüfen, d.h. Ergänzungen und Korrekturen anzubringen und gleichzeitig ein objektives Bild der Wirtschaftslage im eigenen Lande zu geben. In Tat und Wahrheit kümmerten sich verschiedene Delegationen jedoch sehr oft herzlich wenig um die im "Survey" festgehaltenen Gegebenheiten, sondern benützten vielmehr die Gelegenheit, um von allem zu reden, was ihnen vom Propaganda-Standpunkt aus - es darf nicht vergessen werden, dass diese Sitzungen für Presse und Publikum offen sind - gerade als nützlich und zweckdienlich erschien. Dass von den sich in dieser Beziehung bietenden Möglichkeiten ganz besonders von den östlichen Delegationen Ge-

- 5 -

brauch gemacht worden ist, wird niemanden überraschen. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass unter dem Titel "Survey" nicht nur von Imperialismus, Aufrüstung und Kriegshetze, sondern selbst von Aggression, Korea und ähnlichen Dingen gesprochen worden ist. Die Debatten über die wirtschaftliche Lage in Europa waren somit auch dieses Jahr von politischen und propagandistischen Exkursen durchsetzt. Dass sich bei diesen Polemiken jeweils namentlich die Satelliten hervortun und weniger die Vertreter der Sowjetunion selbst, gehört zu den Besonderheiten, die sich in Genf immer wieder feststellen lassen.

Es würde im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen, auf den Inhalt der - und sei es auch nur der wichtigsten - Voten im einzelnen näher einzutreten, die im Verlaufe mehrerer Tage zum Thema des "Survey" zu hören waren. Wenn Bismarck einmal sagte, es werde nirgends so viel übertrieben wie bei Anlass von politischen Kundgebungen und von Beerdigungen, so darf man heute ruhig hinzufügen: und wie anlässlich der Schilderung der wirtschaftlichen Fortschritte, welche die Oststaaten seit Kriegsende erzielt haben. Es ist geradezu erstaunlich, aus dem Munde dieser Delegierten zu vernehmen, wie in ihren Ländern auf wirtschaftlichem Gebiete alles zum besten bestellt ist. Wenn auch kein Zweifel darüber bestehen kann, dass hinsichtlich der Industrialisierung dieser Gebiete in den letzten Jahren vieles erreicht worden ist, so mahnt doch schon allein die Tatsache, dass die östlichen Delegierten ihre Darlegungen sozusagen durchwegs mit der Bekanntgabe von Prozentsätzen und nie oder nur ganz ausnahmsweise mit absoluten Zahlen zu belegen versuchen, zur Vorsicht.

War es im übrigen in den vergangenen Jahren vorerst der Marshallplan und dann der Schumanplan, die das zentrale Gesprächsthema bildeten, so war es diesmal, wie schon angedeutet, das Problem des West-Ost-Handels. Damit soll keineswegs gesagt sein, dass nicht auch schon in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Bedeutung der damit zusammenhängenden Fragen hingewiesen worden wäre. Indessen stand man unter dem Eindruck, dass dieses Thema diesmal ganz besonders in den Vordergrund gerückt worden ist.

So hat beispielsweise Arkadiev, der Chefdelegierte der Sowjetunion - Arutiunian, der in früheren Jahren regelmässig die sowjetische Delegation leitete, war dieses Jahr nicht erschienen und es verlautete inoffiziell, dass er sich mit der Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz in Moskau zu befassen habe - gleich zu Beginn seiner Ausführungen hervorgehoben, dass Stalins Politik darin bestehe, den Frieden zu festigen und den Handelsverkehr "mit allen Ländern" zu fördern. Die beiden Teile Europas ergänzten sich gegenseitig, weshalb es im Interesse aller europäischen Länder liegen würde, wenn die künstlich aufgerichteten Schranken beseitigt werden könnten. Bleibe Europa getrennt, so litten beide Teile darunter, ohne dass die eine oder andere Staatengruppe Vorteile daraus ziehe. In diesem Zusammenhang wies der sowjetische Vertreter

- 6 -

ferner darauf hin, dass die Sowjetunion, die heute beispielsweise mehr Baumwolle produziere als Indien, Pakistan und Aegypten zusammen, weder eine Arbeitslosigkeit noch ein Inflationsproblem kenne. Dank der progressiven Verbilligung der Konsumgüter erhöhe sich die Kaufkraft des Rubels fortwährend. Im Gegensatz hierzu führe die gigantische Erhöhung der Militärausgaben in den USA zwangsläufig zur Inflation. Es seien die amerikanischen Kapitalisten und Monopole, die sich vor dem Frieden fürchteten und die deshalb alles daran setzten, um erspriessliche Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost nicht aufkommen zu lassen. Die amerikanische Diskriminierungspolitik verbiete den westeuropäischen Staaten einen Gütertausch mit dem Osten auf normaler Grundlage und sei deshalb verantwortlich für das wirtschaftliche Chaos, das gegenwärtig in Westeuropa herrsche. - In solchen und ähnlichen Argumenten ergingen sich auch die übrigen Delegierten des Ostblocks.

Von den Vertretern der westlichen Hemisphäre wurden diese Anschuldigungen allem Anscheine nach nicht mehr sehr ernst genommen, was bezeichnenderweise dazu führte, dass sie von einem massgeblichen Delegierten als "goulache réchauffée" qualifiziert worden sind. Es wurde zwar von ihnen zugegeben, so ausdrücklich auch vom amerikanischen Chefdelegierten, Paul Porter, Direktor der Mutual Security Agency in Paris, dass die amerikanische Regierung zu verhindern bestrebt sei, dass Güter von strategischem Wert, die geeignet seien, das militärische Potential des Ostens zu erhöhen, nach Ländern jenseits des eisernen Vorhangs gelangten. Dabei wurde jedoch ganz besonders hervorgehoben, dass immer noch genügend Spielraum für einen friedlichen Gütertausch vorhanden sei, ja es bestehe sogar die Möglichkeit, diesen Gütertausch auszubauen und zu erweitern. Die Darlegungen Porters gipfelten in der Erklärung, dass die USA wünschten, Seite an Seite zusammen zu arbeiten mit den europäischen Staaten, und zwar im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen.

In ähnlichem Sinne äusserte sich auch der Vertreter Englands, Henry Hopkinson, Secretary for Overseas Trade, der erklärte, seine Regierung wünsche die bestehenden Schwierigkeiten "by expansion and not by restriction of the commerce" zu meistern. Da diese Worte aus dem Munde eines Engländers in einem Augenblick, in dem England zu bedeutenden Einschränkungen seines Importes Zuflucht nahm, nicht sehr überzeugend wirken mussten, fügte er hinzu, er spreche von Politik auf weite Sicht; kurzfristig betrachtet könnten allerdings Massnahmen, die eine Einschränkung des Handels zur Folge hätten, unumgänglich sein.

Eine interessante Note erhielt die Diskussion auch dieses Jahr wieder durch das Auftreten des französischen Hauptdelegierten André Philip, der allerdings, wie er selbst zugeb, diesmal weniger Freude an Polemik verspürte als in früheren Jahren. Er erklärte - auf die angeblich spektaku-

- 7 -

lären Fortschritte in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten anspielend - dass es wenig Sinn habe, sich in Genf über den Fisch hinweg gegenseitig "Feuilleton-Romane" zu erzählen. Schwierigkeiten gebe es überall, auch in den Ländern des Ostblocks.

Zu den hauptsächlichsten Problemen, denen sich heute zahlreiche Länder gegenüber gestellt sähen, gehörten das Dollar-Problem, das Rohstoffproblem sowie das Problem der Investitionen auf lange Sicht. Die Gold- und Dollar-Reserven hätten nicht Schritt gehalten mit der Preisentwicklung und dem Handelsvolumen. Es müssten deshalb genügend Reserven geschaffen werden, die es erlaubten, vorübergehende Rückschläge und Schwierigkeiten zu überwinden. Dies sei jedoch nur möglich, wenn es Europa gelinge, seine Produktion auf eigener Rohstoffbasis zu erhöhen, und sofern eine vernünftige Investitionspolitik betrieben werde. Dass André Philip im übrigen die Gelegenheit nicht vorübergehen liess, um den Schumanplan zu verteidigen, versteht sich von selbst.

Im Verlaufe der Diskussionen gab sodann auch der Chef der schweizerischen Delegation eine Erklärung ab, in welcher u.a. auf die Probleme hingewiesen wurde, die sich für die schweizerische Wirtschaftspolitik aus der im grossen und ganzen noch andauernden ausgesprochenen Hochkonjunktur ergeben. Gleichzeitig wurde versichert, dass der Bundesrat nach wie vor bereit sei, seine liberale Wirtschaftspolitik weiter zu verfolgen, vorausgesetzt, dass das Ausland die Schweiz nicht zwingen, zum Schutze ihrer vitalen Interessen zu Gegenmassnahmen zu greifen. Die Haltung der Schweiz zu den internationalen Wirtschaftsproblemen sei gekennzeichnet durch die Begriffe Wachsamkeit, Solidarität und Sinn für Wirklichkeit (vgl. Beilage Nr. 2).

Die Diskussionen über die wirtschaftliche Lage in Europa, an welchen sich mit wenigen Ausnahmen sämtliche Delegationen beteiligten, hinterliessen, wie nicht anders zu erwarten war, in mancher Hinsicht einen zwiespältigen Eindruck. Vor allem fiel es auf, dass sich zwar sämtliche Redner sowohl des West- wie des Ostblocks als cifrige Befürworter einer Intensivierung des West-Ost-Handels bekannten, dass sich aber keine Kristallisationspunkte herausbildeten, die geeignet wären, zu praktischen Ergebnissen zu führen. Zur Frage, ob es möglich erscheint, im Rahmen des Komitees für die Entwicklung des Handels vielleicht doch noch einen Ansatzpunkt zu finden, der es erlauben könnte, nach dieser Richtung hin einen wenn auch nur bescheidenen und erfolgversprechenden Anfang zu machen, wird im nächsten Abschnitt noch einiges zu sagen sein.

III. Prüfung der Tätigkeit der technischen Komitees

Die Aussprache erstreckte sich über die Tätigkeit der nachstehenden Komitees: Komitee für Landwirtschaft, Kohlenkomitee, Elektrizitätskomitee, Komitee für Industrie und Rohstoffe, Inlandtransportkomitee, Komitee für Arbeitskraft,

- 2 -

Stahlkomitee, Komitee für Holz und Komitee für die Entwicklung des Handels.

Im grossen und ganzen bewegten sich die Diskussionen im gleichen Rahmen wie anlässlich der Sessionen in den vergangenen Jahren, weshalb u.ä. davon abgesehen werden kann, über Einzelheiten zu berichten. Ganz allgemein lässt sich indessen feststellen, dass sich in Genf zwei Kategorien von Komitees herausgebildet haben, nämlich solche die praktische und nützliche Arbeit leisten und solche, die vom Standpunkt einer konkreten Arbeitsgestaltung aus betrachtet mehr oder weniger "notleidend" sind. Dabei zeigt es sich verständlicherweise immer wieder, dass über diejenigen Komitees, die sich als nützlich erwiesen haben und zu welchen insbesondere das Kohlenkomitee, das Inlandtransportkomitee, das Holzkomitee, das Elektrizitätskomitee und das Stahlkomitee gehören, relativ wenig gesprochen wird, während die ausgesprochen "notleidenden" Komitees wie namentlich das Komitee für die Entwicklung des Handels, das Komitee für Landwirtschaft und das Komitee für Industrie und Rohstoffe (vgl. in diesem Zusammenhang Beilage Nr. 3) in der Regel zu einem äusserst ausgiebigen Meinungswechsel Anlass geben. Offensichtlich tritt dabei das Bestreben zutage, diesen Komitees neues Leben einzuhauchen. Das Komitee für Arbeitskraft nimmt vielleicht insofern eine besondere Stellung ein, als von den westlichen Delegierten immer wieder erklärt wird, dass die diesem Komitee zugewiesenen Aufgaben im Grunde genommen vom internationalen Arbeitsamt zu bewältigen seien.

Wie schon verschiedentlich erwähnt, bildete das Problem des West-Ost-Handels das am meisten umstrittene Thema der diesjährigen Tagung. Es war daher nicht anders zu erwarten, als dass bei Anlass der Aussprache über das Komitee für die Entwicklung des Handels die damit zusammenhängenden Fragen erneut einlässlich erörtert wurden. Als massgeblicher Wortführer des Ostblocks trat bei dieser Gelegenheit - mehr noch als der Vertreter der Sowjetunion - der Chefdelegierte Polens, Dr. Katz-Suchy, in den Vordergrund. Er erklärte, es sei in dieser Kommission verschiedentlich von Vertretern westlicher Staaten behauptet worden, eine Intensivierung des West-Ost-Handels hänge davon ab, was von den osteuropäischen Ländern geliefert werden könne. Dies sei richtig gewesen in den ersten Nachkriegsjahren; heute habe sich die Situation jedoch grundlegend geändert. Heute hänge alles davon ab, was der Westen dem Osten liefern könne und vor allem wolle. Polen sei beispielsweise bereit, viel mehr Kohle nach dem Westen zu liefern als bis anhin. Voraussetzung hiezu sei jedoch, dass Polen angemessene Gegenlieferungen erhalte. Mit Grammophonplatten und ähnlichen Dingen könnten die polnischen Kohlenlieferungen nicht abgegolten werden. Kennzeichnend für die Situation sei im übrigen der Umstand, dass jedesmal, wenn bilaterale Wirtschaftsbesprechungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten in Gang kämen, im kritischen Augenblick "the third man" in Erscheinung trete. Somit hätten es die

- 9 -

USA bzw. irgendein amerikanischer Senator, dem es einfalle, eine Ware als "strategisch" zu bezeichnen, in der Hand, den West-Ost-Handel zu unterbinden. Auf diese Erscheinungen sei es letzten Endes auch zurückzuführen, wenn sich die Mitarbeit der Oststaaten in verschiedenen technischen Komitees nicht aktiver gestalten könne.

Selbstverständlich haben alle diese und ähnliche Argumente, so geschickt sie auch vom polnischen Vertreter und von andern Sprechern der Oststaaten vorgetragen sein mochten, bei den westlichen Delegierten keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Diese stellten sich erneut auf den Standpunkt, dass es ihnen die aggressive Politik des Kremls nicht erlaube, Waren von strategischer Bedeutung nach dem Osten gelangen zu lassen, dass daneben aber noch durchaus genügend Raum bestehe für einen Gütertausch "à l'usage pacifique".

Dass auch Exekutivsekretär Myrdal wiederholt in die Diskussion über dieses Thema eingriff, lag auf der Hand. Ist es doch bekanntlich sein Ehrgeiz, den Handelsbeziehungen zwischen Ost und West im Rahmen des nur irgendwie Möglichen Auftrieb zu verleihen. In einer in den ersten Tagen abgehaltenen, nicht öffentlichen Sitzung der Delegationschefs bezeichnete Prof. Myrdal den Umstand, dass es nicht gelungen sei, einen substantiellen Beitrag zur Entwicklung des West-Ost-Handels zu verwirklichen als ausgesprochenen Misserfolg der ECE. Im Hinblick auf die bisherigen wenig erfolgreichen Bemühungen nach dieser Richtung hin (vgl. unsern Bericht über die letztjährige Tagung der ECE vom 9. Juli 1951) ging er diesmal allerdings bedeutend vorsichtiger und realistischer zu Werke. Er erklärte, dass eine Einberufung des Handelskomitees, das auch im Berichtsjahr keine Sitzungen abgehalten hatte, nur in Betracht gezogen werden könne, wenn vorher auf das gründlichste abgeklärt worden sei, dass wirkliche Erfolgsaussichten beständen.

Nach allseitiger Prüfung der sich stellenden Probleme wurde schliesslich einstimmig eine Resolution angenommen, welche vorsieht, dass der Exekutivsekretär zunächst seine Studien mit den einzelnen Regierungen fortsetzen solle; hierauf soll, sofern dies als zweckmässig erscheine, im Herbst 1952 eine Expertenkonferenz stattfinden, in deren Verlauf es sich dann zeigen werde, ob die Einberufung des Komitees für die Entwicklung des Handels als opportun erscheine oder nicht (vgl. Beilage Nr. 4).

Zu erwähnen ist im weitern, dass im Verlaufe der Diskussion über die verschiedenen Komitees auch die schweizerische Delegation die Gelegenheit wahrgenommen hat, um sich zur Tätigkeit zweier Komitees, nämlich des Kohlenkomitees und des Komitees für Holz kurz zu äussern. Wir verweisen auf den Wortlaut dieser Erklärungen im Anhang (Beilagen Nrn. 5 & 6).

Eine Besonderheit der diesjährigen Tagung mit Bezug auf die Behandlung der Tätigkeitsberichte der technischen Komitees bestand darin, dass zuhanden des Wirtschafts- und So-

- 10 -

zialrates lediglich festgehalten worden ist, diese Berichte seien von der Kommission "geprüft" worden. Von den sonst üblichen Formeln wie: die Kommission habe von den Berichten "in zustimmendem Sinne Kenntnis genommen" bzw. habe sie "genehmigt", wurde Abstand genommen, da einerseits an den Berichten verschiedentlich Kritik geübt worden ist und da man andererseits nicht zu Abstimmungen schreiten wollte (vgl. im übrigen Beilage Nr. 7).

IV. Verschiedenes

Neben den Haupttraktanden, worüber vorstehend zusammenfassend berichtet wurde, gelangten wie üblich verschiedene Fragen zur Diskussion, die aber zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass geben. Immerhin sei in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, dass von verschiedener Seite der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit der ECE mit den übrigen regionalen Wirtschaftskommissionen, nämlich den Wirtschaftskommissionen für Asien und den fernen Osten (ECAFE) und für Latein-Amerika (ECLA) zum Ausdruck kam. Sodann wurde auch erneut die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung enger Beziehungen mit den sog. "Institutions spécialisées" wie FAO, BIT, OMS und Unesco betont. Der Vollständigkeit halber verweisen wir in diesem Zusammenhang ferner auf die Beilagen Nrn.8-12.

V. Schlussbemerkungen

Sucht man eine Schlussbilanz zu ziehen aus der Tätigkeit der ECE im abgelaufenen Jahr sowie der 7. Tagung der Kommission, welche letztere im besondern Gegenstand des vorliegenden Berichtes bildet, so gelangt man zur Feststellung, dass dort, wo politische Überlegungen keine ausschlaggebende Rolle spielen, eine durchaus beachtenswerte und nützliche Arbeit geleistet worden ist; wir erinnern an die Tätigkeit einer Reihe technischer Komitees, deren Arbeitsweise denn auch im Schoße der Kommission die verdiente Anerkennung fand. Wo sich jedoch die politischen Gegensätze und Spannungen bemerkbar machten, war und ist der ECE dasselbe Schicksal beschieden wie allen übrigen Organisationen, die sich zum Ziele setzen, zwischen West und Ost eine Brücke zu schlagen.

Ungeachtet aller politischen Meinungsverschiedenheiten trat diesmal jedoch in vermehrtem Masse bei allen Teilnehmern die Tendenz zutage, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben und dort, wo es das eigene politische Gewissen irgendwie gestattet, zu Kompromissen Hand zu bieten. Uneingeschränkte Würdigung fand im übrigen vor allem wiederum der Umstand, dass die ECE heute das einzige permanente Forum darstellt, vor welchem alle europäischen Staaten wirtschaftliche Probleme gemeinsam diskutieren können. Erscheint es auch leider noch

- 11 -

als verfrüht, aus dieser Möglichkeit mehr wirtschaftliches Kapital zu schlagen, als es die politischen Verhältnisse eben erlauben, so ist doch schon allein die Tatsache einer gemeinsamen Aussprache als Beitrag zur Ueberbrückung der bestehenden Gegensätze zu werten. Dabei gaben sich alle Delegationen offensichtlich Rechenschaft darüber ab, dass, was heute der ECE nicht möglich ist, in einem späteren Zeitpunkte vielleicht doch noch greifbarere Gestalt annehmen könnte, sofern die politischen Verhältnisse eine entsprechende Wendung nehmen sollten.

Was insbesondere die Schweiz anbelangt, so können wir nur wiederholen, was wir bereits letztes Jahr im Zusammenhang mit der 6. Tagung der ECE berichtet haben, nämlich, dass sie sowohl vom West- als auch vom Ostblock äusserst pfleglich behandelt worden ist. Das gleiche gilt übrigens auch für den unter Abschnitt II hier vor vermerkten "Survey", in welchem die Schweiz sozusagen nur in positivem Sinne erwähnt worden ist.

Irgendeine Kritik - und wäre es auch nur die leiseste - wurde der Schweiz gegenüber nicht vorgebracht, was immerhin bemerkenswert ist, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Session volle 14 Arbeitstage in Anspruch nahm und dass dabei u.a. auch das heikle Thema des West-Ost-Handels in aller Breite und "wünschenswerten" Offenheit behandelt und gewissermassen in seine Bestandteile zerlegt worden ist.

Im Hinblick auf die geschilderte Situation kommen wir auch diesmal zum Schluss, dass es sehr nützlich und zweckmässig sein dürfte, dass die Mitarbeit der Schweiz in den Organen der Europäischen Wirtschaftskommission, die sich bewährt hat, im bisherigen Sinne unverändert fortgesetzt wird.

VI.

Wir gestatten uns, Ihnen den

A n t r a g

zu unterbreiten, es sei von vorstehendem Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis zu nehmen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Rubattel

12 Beilagen
erwähnt.

./.

- 12 -

P.A.

geht an:

Eidg. Politisches Departement (6 Exemplare), Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (Generalsekretariat 2 Exemplare, Handelsabteilung 4 Exemplare, BIGA und Abteilung für Landwirtschaft je 1 Exemplar), Eidg. Finanz- und Zolldepartement, Eidg. Amt für Verkehr, Schweizerische Bundesbahnen, Inspektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei, Eidg. Bureau für Wohnungsbau, Eidg. Amt für Elektrizitätswirtschaft und Eidg. Amt für Wasserwirtschaft.